

Umsetzungsstand der Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse für das Jahr 2004 bis 2007

- I. Der Stadtrat hat bei den Sparpaketen der Jahre 2004 bis 2007 jeweils beschlossen, dass die Verwaltung in halbjährlichen Abstand über den jeweils aktuellen Umsetzungsstand der Beschlüsse zur Haushaltskonsolidierung im POA bzw. im Ältestenrat berichten möge. Die für die Umsetzung der Prüfaufträge erforderlichen detaillierten Abstimmungen und Prüfungen mit und in den einzelnen Geschäftsbereichen erfolgten laufend. Die Erzielung von Konsolidierungsbeiträgen aus den teilweise umfangreichen und komplexen Fragestellungen der Prüfaufträge kann nur sukzessive erfolgen. In den tabellarischen Übersichten in der Anlage wird der derzeitige Sachstand der noch offenen Beschlüsse dargestellt.

Die Verwaltung ist angesichts der Haushaltssituation bemüht, die Realisierung der beschlossenen Sparpakete zügig umzusetzen. Die Verantwortung und Federführung für die Umsetzung der beschlossenen Haushaltskonsolidierungsbeiträge liegt dabei bei den jeweiligen Fachreferaten.

Haushaltskonsolidierung 2003

Unter ID 40 wurde im Rahmen der Haushaltskonsolidierung 2003 beschlossen, den Bereich der konzeptionellen Personalentwicklung um eine Stelle zu reduzieren und einen Konsolidierungsbetrag in Höhe von 71.000,- Euro zu erzielen. Zwischenzeitlich konnte durch einen Stelleneinzug ein Betrag von 52.600,- Euro kassenwirksam erzielt werden. Die Erbringung des Restbetrages wurde durch das Anbringen eines Stellenvermerks im Umfang von 10 WAS an einer höher bewerteten Stellen sichergestellt. Zwischenzeitlich werden jedoch an die Abteilung „Personalentwicklung“ in Umfang und Qualität erhöhte Anforderungen gestellt. Eine Stellenreduzierung ist nach Ansicht der Fachdienststelle unter den veränderten Rahmenbedingungen daher nicht mehr möglich. Es wird vorgeschlagen, den noch offenen Teilbetrag des Konsolidierungsbeschlusses in Höhe von 18.500,- € als erledigt zu betrachten.

Haushaltskonsolidierung 2004

Die Gesamtsumme der im Laufe des Haushaltsjahres 2007 haushaltswirksamen Beschlüsse beträgt aus heutiger Sicht ca. 27,66 Mio. Euro. In der Umsetzung¹ befinden sich weitere knapp 2,33 Mio. Euro, deren Realisierung im Laufe des Jahres 2008 erfolgt.

Die in der Anlage beigefügte Aufstellung zum Sparpaket 2004 beinhaltet den derzeitigen aktuellen Umsetzungsstand (Stand September 2007) aller Beschlüsse, die der Stadtrat

¹ In der Anlage werden in der Spalte „im Vollzug“ alle Umsetzungsvorschläge geführt, die voraussichtlich 2007 und 2008 haushaltswirksam werden.

in seiner Sitzung am 26.11.2003 bzw. in seiner Sitzung am 24. 03.2004 zur Haushaltskonsolidierung 2004 beschlossen hat. Von den 488 Konsolidierungsmaßnahmen können 451 Vorschläge innerhalb des Haushaltsjahres 2007 als vollzogen betrachtet werden. Für weitere insgesamt 31 Maßnahmen sind konkrete Vollzugsschritte in der Umsetzung.

Mit dieser Vorlage werden in Umsetzung der Vollzugsschritte 28 Einsparvorschläge mit einem Einsparvolumen von knapp 1,6 Mio. Euro zur Beschlussfassung vorgeschlagen. Dabei haben sich zwischenzeitlich 7 Konsolidierungsvorschläge in Höhe von insgesamt rund 460.000 Euro als nicht realisierbar erwiesen und werden nachfolgend zur Aufhebung vorgeschlagen. Unter ID 1405 wurde ein umfassender Prüfauftrag für die Bereiche Straßenunterhalt, Grün, Reinigung und Mülleinsammeln (Projekt „Service öffentlicher Raum“) mit einem Konsolidierungsbetrag in Höhe von 1.000.000,-- Euro beschlossen. Dieser wird mit externer Unterstützung verwaltungsintern bearbeitet. Da noch kein konkretes Wirksamkeitsdatum innerhalb des entsprechenden Zeitraumes bis Ende 2007 feststeht, wurde der Vorschlag noch nicht als „im Vollzug“ gewertet.

Als Basis zur Berechnung der Einsparsumme bei Stelleneinzügen wird für das Sparpaket 2004 Teil I und Teil II die vom Finanzreferat veröffentlichte Liste der durchschnittlichen Personalkosten je Besoldungs-, Tarif- oder Lohngruppe vom 27.02.2004 verwendet.

1. Personalreduzierungen

Im Rahmen der Umsetzung der Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse wurden eine große Anzahl an Stellen zum Einzug vorgeschlagen. Obwohl die Stellenvermerke als Gruppenvermerke angebracht wurden, liegt der Realisierungszeitpunkt der vorzunehmenden Stelleneinzüge vielfach erst im Jahr 2008. Da das Sparpaket nach Maßgabe der Regierung von Mittelfranken im Rahmen der Haushaltsgenehmigung eine Wirksamkeit bis Ende 2007 aufweisen muss, schlägt die referatsübergreifende Arbeitsgruppe in Umsetzung des entsprechenden Stadtratsbeschlusses vor, dass ab 01.01.2008, soweit die akzeptierten Stelleneinzüge nicht zum 31.12.2007 realisiert wurden, eine entsprechende Belastung der jeweiligen Dienststellenbudgets erfolgt. In begründeten Einzelfällen wird aus personalwirtschaftlichen Gründen eine Ausnahmeregelung getroffen.

2. Bisher erledigte Konsolidierungsbeschlüsse

Dem POA wird empfohlen, folgende Nummern der Haushaltskonsolidierung 2004 mit einem Einsparvolumen von rund 1,09 Mio. Euro aufgrund der bereits erfolgten bzw. anstehenden Umsetzung im Verwaltungsvollzug als erledigt anzusehen.

ID	Dst.	Kurzbezeichnung	Einsparbetrag (EURO)
399	OrgA	Reduzierung der Stellenkapazität bei der Raum- und Gebäudedatei	8.190,--
414	OA	Katastrophenschutz : Personalreduzierung	46.500,--
418	OA	Gewerbeüberwachung/-anmeldung : Personalreduzierung	14.560,--
537	KuF	Zusammenführung des Jugendzentrums für kulturelle und politische Bildung mit anderer Einrichtung	100.000,--
1031	ZD	Transportgruppe/Lastwagen	87.666,--
1106	BoB	Personalreduktion	16.700,--
1209	Stpl	Gruppenvermerk im Bereich Stadtgestaltung	66.400,--
1216	Rpr	Stellenreduzierung	65.992,--
1233	BAV	Reduzierung techn. Zeichenarbeit	20.800,--
1235	H	Reduzierung der Wartungsarbeiten an Heizungs- und Lüftungsanlagen	146.766,--
1237	T	Verlagerung von Tätigkeiten auf einen anderen Sachbearbeiter	41.600,--
1289	T	Straßenbeleuchtung	96.266,--
1290	T	Einzug einer Verwaltungsstelle – Verlagerung der Rechnungsbearbeitung auf den technischen Dienst	39.300,--
1303	MSH	Verzicht auf eine Stelle für einen Techniker/in	46.750,--
1334	StB	Übertragung der Verwaltungsbibliothek als interne Fachbibliothek auf RA	68.088,--
1348	OA	Personalreduzierung	45.600,--
1350	OA	Personalreduzierung	41.600,--
1357	OA	Ersatz der Zahlstelle durch einen Kassenautomaten	41.600,--
1366	Ref. IV	Schaffung eines ämterübergreifenden, zentralen Bau- und Mietbereiches	41.600,--
1374	RA	Personalreduzierung durch dezentrale Erfassung	20.800,--
1397	Ref. VIII	Reduzierung einer Vollzeitstelle auf 19.25 WAS	37.750,--
Summe			1.094.528,--

3. Ref. VIII: Reduzierung des städtischen Zuschusses an das GNM (ID 526)

Aufgrund des zwischen Bund, Land und der Stadt abgeschlossenen Vertrages zur Finanzierung des Germanischen Nationalmuseums kann eine einseitige Reduzierung der Bezuschussung durch die Stadt nicht erfolgen. In Verhandlungen mit den Vertragspartnern konnte zwischenzeitlich lediglich eine Deckelung der Zuschusshöhe, nicht jedoch eine Reduzierung erreicht werden. Eine andere Realisierungsmöglichkeit im Geschäftsbereich wird seitens des Fachreferates nicht gesehen. Es wird daher vorgeschlagen, den in seiner ursprünglichen Höhe von 540.000,-- Euro auf 200.000,-- Euro reduzierten Konsolidierungsbeschluss aufzuheben.

4. BoB: Personalreduzierung (ID 1134)

Durch den akzeptierten Ersatzvorschlag in Form der Reduzierung des Sachmittelansatzes wird empfohlen, den Konsolidierungsbeschluss mit einer Einsparsumme in Höhe von 53.200,- Euro als erledigt zu betrachten. Zeitgleich soll der zur Realisierung bereits angebrachte Stellenvermerk im Umfang einer Vollkraftstelle dem Stellenplan entnommen werden. Ein entsprechender Vorschlag wird im nichtöffentlichen Teil der Vorlage zur Beschlussfassung vorgelegt.

4. Ref. I: Wegfall der Halbstelle einer Schreibkraft/Textsystem (ID 1179)

Aufgrund von Veränderungen im personellen Bereich bei Ref. I/BÄD kann die teilweise Beauftragung von Externen nicht realisiert werden. Da auch der Eigenbetrieb SUN den Betriebsärztlichen Dienst wieder beauftragen wird, ist neben ärztlicher Kapazität auch zukünftig Helferinnenkapazität für die Abwicklung der Vor- und Nacharbeiten der durchzuführenden Untersuchungen notwendig. Die mit der Bildung der Bürogemeinschaft mit Ref. I/BÄD angestrebte Stellenreduzierung bei Ref. I/ASI (Übernahme von Arbeiten durch die Verwaltungsfachkraft bei BÄD) kann daher nicht realisiert werden. Es wird empfohlen, den Beschluss ID 1179 „Wegfall der Halbstelle einer Schreibkraft / Textsystem“ mit einer Einsparsumme in Höhe von 16.700,- Euro aufzuheben. Zeitgleich soll der an einer Halbstelle bereits angebrachte kw – und Frist-Vermerk dem Stellenplan entnommen werden.

5. UwA: Modifizierung der Baumschutzverordnung (ID 1221)

Zur Realisierung der durch den Stadtrat beschlossenen Personalreduzierung im Umfang einer Vollkraftstelle wurde an der Stelle Nr. 325.3221 (Sachbearbeiter/in Baumschutz, VGr. V b/IV b) ein kw-Vermerk im Stellenplan von UwA angebracht. Zwischenzeitlich hat sich der geplante Stelleneinzug als nicht realisierbar erwiesen, weil sich u.a. nach der Novellierung der Baumschutzverordnung im Jahr 1999 die Fallzahlen von ca. 1200 auf nunmehr 1500 dauerhaft erhöht haben. Mögliche Optimierungen bei der Aufgabenerledigung wie z. B. die Einführung eines EDV-gestütztes Abwicklungsverfahrens oder die Reduzierung der Ortstermine auf schwerwiegende, unumgängliche Fälle und damit verbundene Effizienzverbesserungen sind von UwA bereits umgesetzt worden. Eine weitere Personalreduzierung ist nicht mehr möglich. Es wird daher empfohlen, den Konsolidierungsbeschluss in Höhe von 53.200,- Euro aufzuheben und den zur Realisierung bereits angebrachten Stellenvermerk dem Stellenplan zu entnehmen.

6. T: Stelleneinzug (ID 1237)

Durch den akzeptierten Ersatzvorschlags in Form der Reduzierung des Sachmittelansatzes wird empfohlen, den Konsolidierungsbeschluss mit einer Einsparsumme in Höhe von 41.600,- Euro als erledigt zu betrachten. Der zur Realisierung bereits angebrachte Stellenvermerk im Umfang einer Vollkraftstelle soll dem Stellenplan entnommen werden. Ein entsprechender Vorschlag wird im nichtöffentlichen Teil der Vorlage zur Beschlussfassung vorgelegt.

7. OrgA – Reduzierung von Personal (ID 1257)

Der Beschluss ging davon aus, dass eine Personalreduzierung nur durch Aufgabenwegfall oder eine verstärkte Einbeziehung externer Beratungsunternehmen bei gleichzeitiger Reduzierung des Aufwandes bei OrgA zu einer Einsparung führen kann. Die Erfahrungen in den letzten Jahren haben gezeigt, dass im Gegenteil eine stetige Aufgabenmehrung eingetreten ist. Neue vom Stadtrat oder der Verwaltungsspitze beschlossene Projekte (teils mit externer Unterstützung) wie SÖR, Einführung von SAP HR, Benchmarking mit anderen Kommunen, Einführung von Controlling und Berichtswesen oder Vorbereitung und Umsetzung von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen, binden eine nicht unerhebliche Kapazität. Die Notwendigkeit zur Reduzierung des strukturellen Haushaltsdefizites werden weitere Aufgaben für die Abteilung „Allgemeine Organisation“ zur Folge haben. Die Begleitung bei Organisationsentwicklungsmaßnahmen nehmen ebenfalls zu. Die Einbeziehung externer Berater wird zwar praktiziert, sie erfordert aber parallel eine umfassende Begleitung durch OrgA. Die Realisierung des geforderten Einsparbetrages ist somit nicht umsetzbar. Es wird daher vorgeschlagen, den Konsolidierungsbeschluss in Höhe von 56.625,- € aufzuheben und den Vermerk im Umfang einer 0,75 Vollkraftstelle dem Stellenplan zu entnehmen.

8. FW: Reduzierung der Personalkapazität (ID 1296)

Im Zusammenhang mit der Einführung der Integrierten Leitstelle erfolgt zukünftig eine Kostenübernahme durch den Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Nürnberg (ZRFN)/Zentrale Abrechnungsstelle für den Rettungsdienst Bayern GmbH Zweckverband (ZAST). Die zur Realisierung der Konsolidierungsvorgabe in Höhe von knapp 41.000,- € angebrachten Stellenvermerke im Umfang von 19,50 WAS sollen dem Stellenplan entnommen werden. Ein entsprechender Vorschlag wird im nichtöffentlichen Teil der Vorlage zur Beschlussfassung vorgelegt.

Haushaltskonsolidierung 2005

Der Stadtrat hat in den Haushaltsberatungen am 24.11.2004 zur Haushaltskonsolidierung 2005 ein Sparpaket im Umfang von knapp 11 Mio. Euro beschlossen. Als Basis zur Berechnung der Einsparsumme bei Stelleneinzügen wird die vom Finanzreferat veröffentlichte Liste der durchschnittlichen Personalkosten je Besoldungs-, Tarif- oder Lohngruppe vom 30.11.2004 verwendet.

Die Gesamtsumme der als erledigt oder im Verwaltungsvollzug befindlichen Maßnahmen beträgt aus heutiger Sicht ca. 3,80 Mio. Euro bzw. 3,20 Mio Euro (Umsetzungsstand September 2007). Mit dieser Vorlage werden in Umsetzung der Vollzugsschritte 13 Einsparvorschläge mit einem Einsparvolumen von 1,2 Mio. Euro zur Beschlussfassung vorgelegt.

1. Bisher im Verwaltungsvollzug erledigte Konsolidierungsbeschlüsse

Es wird vorgeschlagen, folgende Nrn. der Haushaltskonsolidierung 2005 als erledigt anzusehen, da bereits eine Sachkontenreduzierung bzw. Stelleneinzüge erfolgten oder erfolgen:

ID	Dst.	Kurzbezeichnung	Einspar- betrag Euro
4	Rpr	Schnittstelle Rpr/1 und Rpr/2 (POA vom 8. Mai 2007)	40.000,--
6	Rpr	Prüfung bis Ende 2006	80.000,--
17	OA	Gewerbemeldung online – Reduzierung des Parteiverkehrs	40.000,--
18	OA	Wunschkennzeichen online	30.000,--
51	ASD	(1) Effizienzüberprüfung der Fachstelle für Wohnungslosen- und Obdachlosenhilfe und (2) Überprüfung des additiven Modells und der organisatorischen Zuordnung der Aufgabe.	37.300,--
67	Stpl	Neustrukturierung der Abteilung Städtebauliche Planung	40.000,--
68	Vpl	Einführung einer Kostenverrechnung	16.530,--
73	H	Straffung bei der Planung der Bauunterhaltsmaßnahmen an Schulen	60.000,--
78	Ref. VII	Zusammenführung Stab Stadtentwicklung mit WS/Stadterneuerung (POA vom 8. Mai 2007)	106.000,--
81	WS	Kapazitätsanpassung Wohngeld	250.000,--
86	KuM	Wegfall von Kassenkräften im Albrecht-Dürer-Haus und im Spielzeugmuseum	6.000,--
105	Allgemein	Verlustausgleich NOA	500.000,--
Summe			1.205.830,--

ID 26: Tg - Optimierung von Forstflächen

Ein Verkauf der bei Tg vorhandenen Splitterflächen kann mangels Interessenten nicht realisiert werden. Auch die Ausweisung als Ökoausgleichsflächen kann nach einer Prüfung durch 3. BM nicht wirtschaftlich realisiert werden. Es wird daher vorgeschlagen, den Konsolidierungsbeschluss in Höhe von 25.000,-- Euro aufzuheben.

Haushaltskonsolidierung 2006

Der Stadtrat hat in den Haushaltsberatungen am 23.11.2005 ein Sparpaket im Umfang von knapp 10 Mio. Euro beschlossen. Als Basis zur Berechnung der Einsparsumme bei Stelleneinzügen wird die vom Finanzreferat veröffentlichte Liste der durchschnittlichen Personalkosten je Besoldungs- oder Entgeltgruppen vom 23.02.2006 verwendet.

Die Gesamtsumme der als erledigt oder im Verwaltungsvollzug befindlichen Maßnahmen beträgt aus heutiger Sicht ca. 7,49 Mio. Euro bzw. 0,89 Mio Euro (Umsetzungsstand September 2007). Als erledigt bzw. im Verwaltungsvollzug sind zwischenzeitlich folgende weitere Konsolidierungsbeschlüsse anzusehen:

ID	Dst.	Kurzbezeichnung	Einsparbetrag
21	H	Denkmalpflege und Denkmalschutz	100.000,--
26	Bau-Dst. Bauhöfe ASN und SteB	Gerätepool aller Baudienststellen bez. stadteigene Betriebe ins Intranet einstellen und an stadteigene Dienststellen kostengünstig vermieten	5.000,--
Summe			105.000,--

Haushaltskonsolidierung 2007

Die Gesamtsumme der als erledigt oder im Verwaltungsvollzug befindlichen Maßnahmen beträgt aus heutiger Sicht ca. 3,76 Mio. Euro bzw. 3,145 Mio Euro.

Folgende Konsolidierungsbeschlüsse sind bereits erledigt (POA-Gutachten vom 08.05.2007) bzw. befinden sich im Verwaltungsvollzug:

ID	Dst.	Kurzbezeichnung	Einsparbetrag
3	Allgemein	Einsparung bei Mietkosten (POA 08.05.2007)	150.000,--
4	Ref. V	Neuorganisation des Referates V	1.075.000,--
5	Ref. V	Einsparungen bei Mietkosten durch Veränderungen im Rahmen der Umsetzung des SGB II (POA 08.05.2007)	430.000,--
6	J	Wirtschaftliche Jugendhilfe (POA 08.05.2007)	3.250.000,--
16	Allgemein	Ausschöpfen des Kostenrahmens	100.000,--
18	Allgemein	Reduzierung der Müllgebühren bei den städtischen Dienststellen und Betrieben	100.000,--
21	Allgemein	Gewinnausschüttung Sparkasse	1.800.000,--
Summe			6.905.000,--

II. Ref. I/POA

Nürnberg, den 4. Oktober 2007

Amt für Organisation und
Informationsverarbeitung

(5222)

In Abdruck an:

- a) BgA
- b) Ref I/II – Stabsstelle VR
- c) Ref. II
- d) PA
- e) Stk
- f) GPR

Umsetzungsstand HHK 2004-2007

Stand: 04.10.2007

Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Vorschlag	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
2004		OBM							
2004	1188	BgA	Stellenreduzierung	Reduzierung der Stelle für Öffentlichkeitsarbeit um die Hälfte	25.625	25.625		25.625	Anbringung eines kw-Vermerkes zur Reduzierung einer Halbstelle. Dieser könnte nach Ausscheiden des Stelleninhabers ab 01.04.2008 realisiert werden. Der Ausländerbeirat hat einstimmig beschlossen, die Stadt Nürnberg zu bitten, den Beschluss aufzuheben. Da kein Ersatzvorschlag seitens BgA eingebracht werden kann, wird der Stelleneinzug im März 2008 erfolgen.
2004		OBM			404.147	404.147	378.522	25.625	
2005		OBM							
2005	3	BgA	Neustrukturierung der Aufgaben im Overhead		19.800	19.800			zurückgestellt bis Ausscheiden des Stelleninhabers 2008
X	2005	4	Rpr	Schnittstelle Rpr/1 und Rpr/2	40.000	40.000	40.000		Umstrukturierungskonzept des Rpr (POA am 08.05.2007) - die Konsolidierung ist erbracht
X	2005	6	Rpr	Stärkung der ex-ante-Rechnungsprüfung	80.000	80.000	80.000		Umstrukturierungskonzept des Rpr (POA am 08.05.2007). Ein entsprechendes Einsparpotential wurde im technischen Bereich dargelegt; der Beschluss ist erbracht.
2005	7	Pr	Integration Online- und E-Government-Büro		40.000	40.000			Aufgrund des Moratoriums beim Projekt IZ IT bis 2008 wird auch diese Prüfung aufgrund des engen fachlichen Zusammenhangs zurückgestellt
2005	8	Pr	Anzeigenakquise		53.032	53.032			Pr prüft und erarbeitet bis Ende 2007 entsprechende Vorschläge für die Vorgehensweise.
2005	10	IB	Internationales Haus - Integration von Menschenrechtsbüro und Ausländerbeirat		30.000	30.000			Bis zum Umbau des Internationalen Hauses 2009 zurückgestellt.
2005		OBM			281.832	267.832	125.000	0	
2006		OBM							
2007		OBM							
2004		SRD							
X	2004	414	OA	Katastrophenschutz: Personalreduzierung	Reduzierung der Stellenkapazität im Umfang von 45.000,- Euro. Planmäßig nicht vor Ende 2006 realisierbar. Dies soll durch Gruppen-kw-Vermerk an der Stelle Nr. 320.2785 dokumentiert werden.	46.500	46.500	46.500	Im Rahmen der Aufgabenübertragung von OA zu Fw wird Stelleneinzug realisiert.
X	2004	418	OA	Gewerbeüberwachung/-anmeldung: Personalreduzierung	Reduzierung um 13,5 WAS	14.560	14.560	14.560	Durch Stelleneinzug realisiert
X	2004	1348	OA	Personalreduzierung	Reduzierung des Personals	45.600	45.600	45.600	Durch Stelleneinzug realisiert
X	2004	1350	OA	Personalreduzierung	Personalreduzierung	41.600	41.600	41.600	Durch Stelleneinzug realisiert
2004	1355	OA	Reduzierung tierärztliche Tätigkeit	Wegfall eines Tierarztes, teilweiser Ersatz durch Vertrag mit externen Tierarzt.	44.700	44.700		44.700	Stellenvermerk "kw" wurde angebracht; die Realisierung wird im Rahmen der Übertragung der Veterinärfachaufgaben zum 01.01.2008 geprüft
B	2004	1357	OA	Ersatz der Zahlstelle durch einen Kassenautomaten	Ersatz der Zahlstelle durch einen Kassenautomaten	41.600	41.600	41.600	Der Beschaffungsvorgang Kassenautomat erfolgt derzeit. Die Stelle wird nach Ruhestandsversetzung des Mitarbeiters im Juni 2008 eingezogen. Ab 01/2008 erfolgt Budgetverschlechterung.
2004	1369	RA	Reduzierung Schreibdienst	Reduzierung des Schreibdienstes um eine halbe Stelle.	16.700	16.700		16.700	Stellenvermerk "kw" wurde angebracht. Dieser wird im Laufe von 2008 realisiert.
2004	1370	RA	Reduzierung um eine/n Juristin/en	Reduzierung um eine/n Juristin/en. Teilersatz durch Zuordnung von RA/3-Versicherungsamt zum Einwohneramt (Bürgeramt), um für Dienststellenleiter mehr juristische Sachbearbeitung zu ermöglichen.	89.400	89.400		89.400	Anbringung eines kw-Vermerkes mit F 8/2007 (POA 11.5.2004); Realisierung des angebrachten Stellenvermerkes wird im Rahmen "Auswirkung der Abschaffung des Widerspruchsverfahrens" geprüft. Es wird vorgeschlagen, die Fristigkeit F12.07" aufzuheben.

Umsetzungsstand HHK 2004-2007

Stand: 04.10.2007

	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Vorschlag	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
X	2004	1374	RA	Personalreduzierung durch dezentrale Erfassung	Reduzierung des Erfassungsaufwandes bei RA durch eine dezentrale Erfassung bei den Dienststellen. Hierzu muss ein Erfassungsprogramm/Datenbank bereitgestellt werden.	20.800	20.800		20.800	Das für die dezentrale Erfassung erforderliche DV-Programm wird im Frühjahr 2008 fertiggestellt. Der Einzug der Halbstelle erfolgt im Mai 2008; durch angebrachten kw- Vermerk sichergestellt.
	2004	1375	EP	Versicherungsamt: Reduzierung des Beratungsangebotes	Personalreduzierung. Das Versicherungsamt ist eine übertragene Aufgabe. Derzeit erfolgt eine Überprüfung durch OrgA. Vorbehaltlich des Ergebnisses erfolgt eine Stellenreduzierung. Erhöhung der Warte- und Bearbeitungszeiten, Verlagerung auf Terminvereinbarung, Verweisung von Versicherten an zuständigen Versicherungsträger	124.800	124.800	27.500	97.300	Einzug von 2 Stellen erfolgt; weitere Gruppen-kw-Vermerke im Umfang von 2 Vollstellen sind angebracht. Die Realisierung erfolgt spätestens mit Beginn der Freistellungsphase der ATZ in 2010. Die frühere Umsetzung von Mitarbeiter/innen wird intern geprüft.
	2004	1310	StA	Kommunale Zusammenarbeit	Budgetreduzierung um 20% durch kommunale Zusammenarbeit nach Beschluss Lenkungsgruppe IKZ vom 15.12.03 = Einsparung 250.000 EUR	250.000	250.000	150.000	100.000	Das gemeinsame Statistikamt ist zum 01.05.2005 gestartet. Die Realisierung der beschlossenen Konsolidierung ist im Zeitplan (bis 2010); verschiedene Stelleneinzüge konnten bereits realisiert werden.
	2004	269	StN	Eheschließungen: Personalreduzierung	Reduzierung der Standesbeamten im Bereich Eheschließungen um 0,45 Stellen; Personalstruktur ermöglicht nur einen Gruppenvermerk	24.570	24.570		24.570	Anbringung eines Gruppen-kw-Vermerkes (bezieht sich auf alle Standesbeamten-Stellen) erfolgt. Die Fristigkeit des angebrachten kw-Vermerkes wurde auf F12.09 verlängert (POA 8.5.2007)
	2004	1337	StN	Personalreduzierung nach Einführung elektronischer Personenstandsbücher	Im Personenstandsreformgesetz (Inkrafttreten derzeit für 2006 geplant) ist die Einführung von elektronischen Personenstandsbüchern vorgesehen. Diese werden die Fortschreibungen in den bisherigen Familienbüchern und deren Ausstellung reduzieren.	66.600	66.600		66.600	Das Personenstandsreformgesetz wurde Anfang 2007 vom Bundestag beschlossen. Es tritt jedoch erst nach einer Übergangszeit im vollem Umfang ab 2009 in Kraft. Die Fristigkeit des angebrachten kw-Vermerkes wurde auf F12.09 verlängert (POA 8.5.2007)
	2004	1358	StN	Personalreduzierung	Reduzierung der Standesbeamtinnen/ten.	27.300	27.300		27.300	Das Personenstandsreformgesetz wurde Anfang 2007 vom Bundestag beschlossen. Es tritt jedoch erst nach einer Übergangszeit im vollem Umfang ab 2009 in Kraft. Die Fristigkeit des angebrachten kw-Vermerkes wurde auf F12.09 verlängert (POA 8.5.2007)
	2004		SRD			2.090.626	2.090.626	1.488.428	602.198	
	2005		SRD							
	2005	11	VAN	Neuorganisation des Geschäftsbereichs SRD	Der Geschäftsbereich soll mit den Bereichen "Bürgerdienstleistungen" und "Recht und Ordnung" neu strukturiert werden. Die neue Struktur soll ab 2008 eingeführt werden.	200.000	200.000			Über die Umsetzung wird in Zusammenhang mit der Neuordnung des Geschäftsbereiches nach der Stadtratswahl 2008 entschieden.
	2005	12	VAN	Angleichung des Dienstleistungsangebots der Verwaltungsämter	Das Dienstleistungsangebot für die Bürger wird vereinheitlicht werden. Der Bereich Wohngeld wird nicht mehr angeboten.	40.000	40.000	23.000	17.000	Zwischenzeitlich ist eine Stellenreduzierung beim Bürgeramt Süd im Umfang von 0,5 Vk erfolgt. Die Prüfung des Dienstleistungsangebotes der dezentralen Bürgerämter unter Einbeziehung dieser Erkenntnisse wird im Rahmen der Schaffung eines zentralen Bürgeramtes erfolgen.
	2005	13	RA	Reduzierung des Dienstleistungsangebots bei den Verwaltungsämtern	Der Bereich Sozialversicherung wird nur noch zentral bei EP(VA) angeboten.	94.000	94.000			Bis Ende 2007 wird eine Auswertung der durch die verbindliche Terminvereinbarung bei EP/3 gewonnenen Erfahrungen erfolgen. Die Prüfung des Dienstleistungsangebotes der dezentralen Bürgerämter unter Einbeziehung dieser Erkenntnisse wird im Rahmen der Schaffung eines zentralen Bürgeramtes erfolgen.
	2005	14	RA	Sachgebiet Baurecht bei RA	Optimierung der Verwaltung im Sachgebiet Baurecht	20.000	20.000			Nach räumlicher Zusammenführung der juristischen Kapazität von RA wird die Verwaltungskapazität angepasst. Derzeit wird diese im Rahmen der Überprüfung der Auswirkung der dauerhaften Abschaffung des Widerspruchsverfahrens mit bearbeitet.

Umsetzungsstand HHK 2004-2007

Stand: 04.10.2007

Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Vorschlag	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
2005	16	RA	Wegfall Widerspruchsverfahren: Prüfauftrag Auswirkungen	Die Auswirkungen des auf Probe ausgesetzten Widerspruchsverfahrens sind bei den betroffenen Dienststellen zu ermitteln und gegenzurechnen. Evtl. entstehende Mehrkosten sind beim Freistaat Bayern einzufordern.	5.000	5.000			Die erhobenen Daten werden verwaltungsintern ausgewertet und ein entsprechender Vorschlag zu Umsetzung der erkennbaren Einsparung bei den Fachämtern durch den dauerhaften Wegfall des Widerspruchsverfahren zur Vorlage im POA erarbeitet.
X	2005	17	OA	Gewerbemeldung online - Reduzierung des Parteiverkehrs	Um- und Abmeldungsvordrucke können über das Internet abgerufen, ausgefüllt und unterschrieben per Post an OA zugestellt werden. Für die Gewerbeanmeldungen im Parteiverkehr wird der Zeitbedarf bei OA durch das diesbezügliche vorabausgefüllte Online-Formular deutlich verkürzt.	40.000	40.000	40.000	Aufgrund der sinkenden Fallzahlen wird verwaltungsintern zunächst auf die Besetzung einer freien Stelle ohne Budgetgutschrift verzichtet. Bis Ende 2007 werden verschiedene Maßnahmen zur Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation im Bereich "Allgemeines und besonderes Gewerberecht" eingeleitet und deren dauerhafte Wirkung überprüft. Auf dieser Grundlage soll die Anpassung der Stellenkapazität erfolgen und der Stelleneinzug realisiert werden.
X	2005	18	OA	Wunschkennzeichen online		30.000	30.000	30.000	Das Online-Wunschkennzeichen ist seit 03.04.2006 im Echtbetrieb. Ab sofort können Reservierungen von Wunschkennzeichen per Internet vorgenommen und die hierfür fällige zusätzliche Gebühr in Höhe von 2,80 Euro vereinnahmt werden. Die ersten Monate der Einführung zeigen eine deutliche Akzeptanz des Online-Angebots und es wurden Mehreinnahmen erzielt.
2005	19	OA	Gewerbemeldung online - Elektronische Datenübernahme		40.000	40.000			In Abstimmung mit dem Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung wird das Ordnungsamt Pilotanwender für das Modul GEWAN BÜRGER. Hierdurch kann der Datenaustausch auf elektronischem Weg vom Antragsteller an die zuständige Stelle erfolgen. Ab Ende 2007 sollen die Erfahrungen im Rahmen des Pilotversuchs ausgewertet und die sich abzeichnenden Veränderungen beim Personalbedarf quantifiziert werden.
2005	21	EP	Versicherungsamt zu EP		30.000	30.000			Das Versicherungsamt wurde von RA zu EP übertragen. Im Bereich "Zentrale Aufgaben" bei RA können in Folge der Übertragung Overheadkosten reduziert werden. Durch die eingetretene Aufgabenmehrung durch die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens wird dieser Konsolidierungsbetrag in Zusammenhang mit ID 15 aus 2005 bearbeitet.
2005	22	EP	Elektronische Melderegisterauskunft		100.000	100.000			Die Einführung des neuen Fachverfahrens ist im November 2007 geplant. Nach Implementierung der neuen Funktionalitäten ist die Personalbemessung zu überprüfen und anzupassen.
2005	23	EP	Neues Fachverfahren PAMELA		40.000	40.000			Die Einführung des neuen Fachverfahrens ist im November 2007 geplant. Nach Implementierung neuen Funktionalitäten ist die Personalbemessung zu überprüfen und anzupassen.
2005	24	EP	Zusammenführung der Aufgabe Namensänderungen bei StN		5.000	5.000			wird im Rahmen der Schaffung Bürgeramt geklärt - siehe ID Nr. 11
2005		SRD			687.000	684.000	133.000	17.000	
2006		SRD							
2006	1	SRD	Justitiariat	Prüfung durch OrgA, ob die Zahl der Juristen beim Justitiariat um eine Stelle verringert werden kann, wenn Standardstreitigkeiten in den Dienststellen erledigt werden können.	50.000	50.000			Die Kapazitätsüberprüfung, die für eine juristische Sachbearbeitung benötigt wird, erfolgt derzeit mit der Auswertung der Auswirkungen der Abschaffung des Widerspruchsverfahrens. Es ist ein deutlicher Anstieg der Klagen erkennbar, der eine Kapazitätsanpassung erforderlich macht. Gleichzeitig sind jedoch auch Einsparungen bei den Dienststellen zu erkennen. Aufgrund der vorliegenden Fallzahlen ist aus gesamtstädtischer Sicht ein Konsolidierungsbeitrag zu erwarten, der im Rahmen eines vereinfachten Zurechnungsmodells umgesetzt werden soll. Ein entsprechender Vorschlag wird verwaltungsintern erarbeitet. Dabei wird auch eine dezentrale Aufgabenerledigung geprüft.

Umsetzungsstand HHK 2004-2007

Stand: 04.10.2007

Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Vorschlag	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
2006	2	SRD, 3. BM	Wahrnehmung von Aufgaben als Kreisverwaltungsbehörde im übertragenen Wirkungskreis nur noch kostendeckend in Höhe der staatlichen Zuweisungen	Nach Art 9 FAG erhält die Stadt Nürnberg für die Wahrnehmung der Aufgaben als staatliche Gesundheitsämter, die Durchführung des Heimgesetzes, der Veterinärämter, in der Lebensmittelüberwachung, beim Vollzug des Futtermittelrechts, (der Ernährungsberatung) und der Wasserwirtschaftsämter eine jährliche Zuweisung vom Freistaat Bayern, für 2005 den Betrag von 4.527.392 EUR. Es ist zu prüfen, ob die Stadt Nürnberg beim hierfür getätigten Personal- und Sachaufwand kostendeckend arbeitet oder ob für die Wahrnehmung der Aufgaben aus dem städtischen Haushalt Mittel darüber hinaus aufgewendet werden müssen. Der entsprechende Personal- und Sachaufwand ist auf die Höhe der staatlichen Zuweisung zu deckeln. Seitens OrgA sollte, wie bereits bei Gh erfolgt, eine Untersuchung zum aktuellen Aufwand und zur Höhe der Kostendeckung erfolgen.	20.000	20.000			Die Überprüfung bei Gh ist im Rahmen des erweiterten Budgetmodells erfolgt. Eine Detailprüfung der Kostendeckung im Bereich staatl. Schulamt sowie bei der Aufgabenerfüllung der Wasserwirtschaft wird durchgeführt. Bei anderen Aufgaben (insbesondere Futtermittelrecht) ist nach erster Prüfung kein Einsparpotential gegeben.
2006		SRD			70.000	70.000	0	0	
2007		SRD							
2007	2	EP	Aufgabe des Versicherungsamtes	Es sind Verhandlungen mit dem Freistaat Bayern aufgenommen worden, die gesetzliche Verpflichtung zur Vorhaltung eines Versicherungsamtes aufzuheben bzw. Personal zu reduzieren.	500.000	500.000			Die Abschaffung der Versicherungsämter wird seitens der Staatsregierung nicht weiterverfolgt. Im Rahmen des Städtevergleichs wird nun die unterschiedliche Personalausstattung der Städte Leipzig und Nürnberg bei der Aufgabenerfüllung in enger Abstimmung mit der Fachdienststelle näher zu prüfen sein. Dies wird angesichts der knappen Terminplanung der verschiedenen Vergleichsthemen jedoch erst im Laufe von 2008 erfolgen können.
2007		SRD			500.000	500.000	0	0	
2004		2. BM							
2004		2. BM			2.887.742	1.922.524	1.309.361	613.367	
2005		2. BM							
A	2005	26	Tg/Forst	Optimierung der Forstflächen	25.000	25.000			Verkauf der Splitterflächen mangels Interessenten nicht möglich. Die von Herrn 3. BM angestrebte Nutzung als Ökoausgleichsflächen ist nicht wirtschaftlich zu realisieren. Es wird empfohlen, den Beschluss aufzuheben.
	2005	29	SpA	Wegfall der kostenlosen Pflege der Vereinssportanlagen durch städtische Pflegekolonne	44.000	40.000	15.500		Seit Anfang 2007 werden den Vereinen die gebuchten Pflegeleistungen verrechnet. Hierdurch konnten bisher Mehreinnahmen in Höhe von 15.500,- Euro erzielt werden. Zur Realisierung des Konsolidierungsbetrages werden bis Ende 2007 weitere Maßnahmen geprüft.
	2005	31	SpA	Reduzierung der Verwaltungskapazität nach Vereinfachung der Sportförderrichtlinien	20.000	20.000			Die Förderung der Übungsleitertätigkeit wurde gegenüber den Vereinen pauschaliert (sog. Vereinspauschale). Dadurch vereinfacht sich die Antragstellung für die Vereine, während sich für die Sachbearbeitung bei SpS nahezu keine Vereinfachung ergibt. Zur Realisierung der Konsolidierung ist eine Überprüfung der Verwaltungsabläufe bei der Gewährung der Vereinspauschale erforderlich, welche aufgrund von Kapazitätsgründen erst 2008 erfolgen kann. Ein Ergebnis wird bis Mitte 2008 vorgelegt. Es wird empfohlen, eine Budgetverschlechterung ab 01.01.2008 vorzunehmen.
	2005		2. BM		393.000	369.000	201.500	98.000	
	2006		2. BM						
	2006		2. BM		200.000	186.000	0	94.000	
	2007		2. BM						

Umsetzungsstand HHK 2004-2007

Stand: 04.10.2007

Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Vorschlag	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
2007	1	FW	FW: Reduzierung der Kapazitäten im Bereich der Verwaltung	Durch den Wegfall von Unterhaltsarbeiten, wenn der Standort Reutersbrunnenstraße saniert bzw. aufgegeben ist, können von den Einsatzbeamten Verwaltungstätigkeiten mit übernommen werden.	80.000	80.000			Sanierung/Neubau der Feuerwache 1 kann frühestens im Jahr 2009 begonnen und nicht vor 2010/2011 abgeschlossen werden. Voraussetzung hierfür ist jedoch ein entsprechender Beschluss des Stadtrats und die Aufnahme in den MIP. Prüfung erfolgt im Zusammenhang mit Neubau/Sanierung der Feuerwache 1.
2007		2. BM			80.000	80.000	0	0	
2004		3. BM							
X 2004	1221	UwA	Modifizierung der Baumschutzverordnung	Die Baumschutzverordnung schützt alle Bäume ab einem Stammumfang von 80 cm im besiedelten Stadtgebiet (Privatanträge, Baugenehmigungsverfahren, etc.) und wurde auf Grundlage des Art. 12 Bayerisches Naturschutzgesetz erstmals 1977 erlassen. Eingespart werden soll eine Technikerstelle. Die erforderliche Satzungsänderung erfolgt gesondert.	53.200				Herr 3. BM betont aufgrund der veränderten rechtlichen Situation und der seit Anfang 2000 veränderten Standardsetzung bei der Baumprüfung die Nichtrealisierbarkeit einer Einsparung bei UwA bzw. seines Geschäftsbereiches: Es wird empfohlen, den Beschluss aufzuheben.
2004		3. BM			1.499.156	1.264.756	1.264.756	0	
2005		3. BM							
2005	33	UwA	Wegfall der Stelle Umwelt und Wirtschaft		82.450	82.450	41.225	41.225	Ein Stellenvermerk "kw" mit der Frist 12/07 wurde angebracht. Der Einzug einer Halbstelle wird veranlasst; die weitere Umsetzung wird derzeit abgeklärt.
2005		3. BM			82.450	82.450	41.225	41.225	
2006		3. BM							
2006	4	GBA	Reduktion von öffentlichen Straßenbegleitgrünflächen	Reduktion von öffentlichen Straßenbegleitgrünflächen zugunsten privater Grünflächen. Minderung der Baumstandorte entlang von Straßen. u diesem Punkt gibt es zwischen den Dienststellen bereits seit einigen Jahren vereinbarte Standards, die in nächster Zeit hinsichtlich der Größe und der Ausführung von Baumscheiben an die neuen Standards der DIN, bzw. der FLL-Richtlinien angepasst werden müssen. Teil dieser Vereinbarungen ist z.B., dass in den Stichstraßen von Neubaugebieten keine Straßenbaumpflanzungen geplant und ausgeführt werden sollen, da diese nur für übergeordnete Straßen und Straßen mit Erschließungsfunktion im Baugebiet eingesetzt werden sollen. Gleiches gilt auch für die Mindestgrößen von begrüneten Flächen im Straßenraum.	0	0			Bei GBA sind neue Standards nach den einschlägigen DIN-Normen und Richtlinien der FLL in Abstimmung mit UwA und Stpl erarbeitet und werden in der Praxis erprobt. Über Ergebnis der Probephase wird Ende 2008 im Fachausschuss vorgelegt.
2006	5	UwA, GBA, Stpl	Überprüfen in wie weit es möglich und vertretbar sein sollte, Grünflächen in Bebauungsplänen wo möglich als private Grünflächen festzusetzen. Das gilt insbesondere für Ortsrandeingrünungen.	Sinnvollerweise sollten begrünte oder zu begrünende Flächen, die nicht der Erholung dienen und über keinerlei Aufenthaltsqualität verfügen (so z.B. „Trenngrün“ zwischen Gewerbeflächen und Wohnflächen, „Ortsrandeingrünungen“ u.a.) entsprechend ihrer Funktion als private Grünflächen mit der jeweiligen Zweckbestimmung festgesetzt werden. Dazu gehört auch, dass bislang in Privatbesitz befindliche Wald- oder andere öffentlich zugängliche Freiflächen nicht als öffentliche Grünflächen festgesetzt werden müssen, da nach Art. 21 und 22 des Bayerischen Naturschutzgesetzes jeder Bürger das Recht auf Erholung in der freien Natur hat. Eine Festsetzung als öffentliche Grünfläche ist deshalb in diesen Fällen nicht erforderlich.	0	0			Bei GBA sind neue Standards nach den einschlägigen DIN-Normen und Richtlinien der FLL in Abstimmung mit UwA und Stpl erarbeitet und werden in der Praxis erprobt. Das Ergebnis der Probephase wird Ende 2008 im Fachausschuss vorgelegt.
2006		3. BM			0	0	0	0	
2007		3. BM							

Umsetzungsstand HHK 2004-2007

Stand: 04.10.2007

	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Vorschlag	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
X	2003	40	PA	Konzeptionelle Personalentwicklung	Reduzierung um eine Stelle	71.000	71.000	52.600		Realisierung des Stellenvermerks im Umfang von 10 WAS steht noch aus. Aufgrund eines Personalmehrbedarfs im Bereich Aus- und Fortbildung bittet PA, den Vermerk nicht zu realisieren, sondern vielmehr ohne Ersatzvorschlag den Vermerk dem Stellenplan zu entnehmen. Es wird empfohlen, den Vermerk aus dem Stellenplan zu entnehmen und den Konsolidierungsbeschluss als erledigt zu betrachten.
	2004		Ref. I							
X	2004	399	OrgA	Reduzierung der Stellenkapazität bei der Raum- und Gebäudedatei	Der/die Stelleninhaber/in führt die Raum- und Gebäudedatei der Stadt Nürnberg (Ausnahme: Schulbereich), die auch Grundlage der Raumzuweisung für die Dienststellen darstellt. Die Aufgaben bestehen in der ständigen Aktualisierung der Daten, die zudem für Zwecke weiterer Fachdienststellen verwendet wird (z.B. Kämmerei für die Verrechnung an Dienststellen, ZD für Reinigungsvergabe, Steueramt etc.)	8.190	8.190	8.190		der angebrachte kw-Vermerk wurde zwischenzeitlich realisiert
A	2004	1257	OrgA	Reduzierung von Personal	In den letzten Jahren ist durch Haushaltskonsolidierung, Prüfaufträge, Organisationsuntersuchen und -begleitungen, den Erfordernissen aus der Einführung von SAP HR und NRN sowie die Interkommunale Zusammenarbeit eine sehr angespannte Arbeitssituation bei OrgA/1 entstanden. Ein Vergleich der Kapazitäten in der Städteachse bestätigt diesen Eindruck. Andererseits kann der geforderte Konsolidierungsbeitrag nur über Stelleneinsparungen realisiert werden. Deshalb müssen Arbeiten im Bereich Organisationsentwicklung und -untersuchungen (verstärkte Einbeziehung externer Berater) sowie bei Stellenwertüberprüfungen (Behandlung von Stellenwertüberprüfungen im POA - beispielsweise analoge Übertragung von Befugnissen wie in der Personalwirtschaft) eingeschränkt werden.	56.625	56.625			Seit der Beschlussfassung ist aus verschiedenen nicht steuerbaren Gründen eine Aufgabenmehrung bei OrgA eingetreten. Angesichts der in den nächsten Jahren notwendige strukturelle Haushaltsverbesserung und die damit verbundenen Organisationsmaßnahmen ist ein Rückgang der Aufgaben nicht erkennen. Daher wird aufgrund der anstehenden Prüfaufträge empfohlen, den Beschluss aufzuheben. Der angebrachte Gruppen-kw-Vermerk im Umfang von 0,75 VK sollte dem Stellenplan entnommen werden.
A	2004	1179	Ref. I	Wegfall der Halbstelle einer Schreibkraft/Textsystem	Bildung einer Bürogemeinschaft mit Ref. I/BÄD unter Verzicht einer eigenen Verwaltungsteilzeitkraft für Ref. I/ASi	16.700	16.700			Nachdem die Aufgabenverlagerungen auf Externe aus personalwirtschaftlichen Gründen nicht möglich ist, wird auch weiterhin eine entsprechende Verwaltungskapazität benötigt. Es wird empfohlen, den Beschluss aufzuheben. Der angebrachte Stellenvermerk im Umfang einer Halbstelle sollte dem Stellenplan entnommen werden.
X	2004	33	ZD	Umstrukturierung im Lager	Die internen Beschaffungsvorgänge sollen künftig elektronisch abgewickelt werden. Von OrgA/IuK wird gegenwärtig eine geeignete Software beschafft. Dadurch soll künftig eine Vollzeitstelle der Lagerbuchhaltung entfallen können. Daneben soll der Beschaffungskatalog künftig nur noch in elektronischer Form zur Verfügung gestellt werden.	46.600	46.600	46.600	16.600	Anbringung eines kw-Vermerkes an einer Stelle mit der Bedingung "nach Einführung der neuen Software" sowie Sachkostenreduzierung erfolgt
X	2004	1031	ZD	Transportgruppe/Lastwagen	Durch eine Reduzierung der Besatzung auf dem LKW von 4 auf 2 Personen werden künftig nicht mehr alle städtischen Umzüge mit eigenem Personal durchgeführt werden können.	87.666	87.666	87.666		Stelleneinzüge zwischenzeitlich realisiert
	2004		Ref. I			1.934.556	1.787.206	1.713.881	38.950	
	2005		Ref. I							
	2005		Ref. I			2.021.900	1.994.900	64.900	1.930.000	
	2006		Ref. I							
	2006	7	OrgA	IZ-IT		250.000	250.000			entsprechend des Beschlusses der Lenkungsgruppe der IZ am 07.02.2007 gilt für das Projekt ein Moratorium bis Mai 2008

Umsetzungsstand HHK 2004-2007

Stand: 04.10.2007

Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Vorschlag	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA	
2006	8	PA, OrgA	Zusammenlegung der Dienststellen PA und OrgA	Nach Ausgliederung der IuK ist eine Zusammenlegung der Dienststellen PA und OrgA zu prüfen.	200.000	200.000			zurückgestellt (Voraussetzung: Ausgliederung IT)	
2006		Ref. I			504.000	504.000	14.000	0		
2007		Ref. I								
2007	15	Ref. I / NRN	Kosten für SAP-Lizenzen reduzieren	Die jährlichen Kosten für die Pflege der SAP-Lizenzen wird in das Budget der Dienststellen übertragen. Dabei ist Anzahl und Notwendigkeit des Einsatzes der SAP-Lizenzen zu prüfen.	46.000	46.000			Verwaltungsintern werden die Handlungsfelder für die verschiedenen Möglichkeiten der Umsetzung zwischen NRN und Stk abgestimmt.	
2007		Ref. I			46.000	46.000	0	0		
2004		Ref. II								
2004	1111	Ka	Einzug von 2 Vollkraftstellen nach Beendigung des Projektes NRN	Einzug von 2 Vollkraftstellen nach Beendigung des Projektes NRN und Ablösung der Belegablage durch ein elektronisches Archivierungssystem.	70.900	70.900		70.900	Anbringung von Gruppen-kw-Vermerken im Umfang von 2 Stellen mit F12.07. Die Realisierung ist abhängig von der Einführung eines elektronischen Archivierungssystems (entsprechender Stellenvermerk "Bedingung"). Aufgrund der anstehenden BS2000-Ablösung und des SAP-Releasewechsels kann das Archivierungssystem im Laufe des Jahres 2007 nicht mehr implementiert werden. Nach Auskunft von Ref.I/NRN ist mit einer Umsetzung im 2. Halbjahr 2008 zu rechnen.	
2004	1103	Ref. II	Einzug einer Stelle nach Abschluss des Projektes NRN	Einzug einer Stelle nach Abschluss des Projektes NRN. Anbringung eines Befristungsvermerkes bis 12/2006.	83.589	83.589		83.589	Anbringung eines Gruppen-kw-Vermerkes mit dem Zusatz "B - nach Abschluss des Projektes" und Fristvermerkes mit "F 03.09" erfolgt.	
2004		Ref. II			686.823	686.823	532.334	154.489		
2005		Ref. II								
2005		Ref. II			240.000	240.000	270.000	0		
2006		Ref. II								
2006	12	Ref. II	Optimierung der internen Leistungsverrechnung	Erbringen Dienststellen für andere Dienststellen Leistungen sollten die Rechte und Pflichten des Auftraggebers und des Auftragnehmers grundsätzlich geklärt werden (wer steuert? Wer zahlt? Wer kontrolliert? Welche Qualität ist angemessen?). Dazu ist das gesamte System der internen Leistungsverrechnung zu überprüfen, dabei insbesondere OrgA/IuK, H, GBA, ZD. Dabei sollen auch Anreizsysteme geprüft werden.	0	0			Eine Arbeitsgruppe aus Ref.II, Stk und OrgA wurde im Mai 2007 erstmals einberufen. In Folge wurde in einem ersten Schritt eine Bestandsaufnahme erstellt und ein erster Kriterienkatalog erarbeitet.	
2006		Ref. II			40.000	40.000	0	40.000		
2007		Ref. II								
2004		Ref. IV								
X	2004	1366	Ref. IV	Schaffung eines ämterübergreifenden, zentralen Bau- und Mietbereiches	Synergieeffekt durch Schaffung eines ämterübergreifenden, zentralen Bau- und Mietbereich (Bau- und Mietmanagement) Neustrukturierung der Aufgaben und der Stellenwerte (Umwertungen) werden nötig.	41.600	41.600		41.600	Einzug einer Stelle nach Umsetzung der Stelleninhaberin vorgesehen. Es wird ab 01.01.2008 eine Budgetverschlechterung erfolgen.
B	2004	1373	Ref. IV	Schaffung eines "Amtes für Allgemeinbildende Schulen" - 2007/2008	Zusammenlegung des Bereiches Ref.IV/SchG mit SchV. Schaffung eines Amtes für Allgemeinbildende Schulen	156.150	156.150	53.050	103.100	Einzug von 2 Halbstellen realisiert; 1 Stelleneinzug steht noch aus (abgesichert durch angebrachten kw-Vermerk); wie bereits bei der Anerkennung dieses Vorschlags angekündigt, wird ab 01.01.2008 eine Budgetverschlechterung erfolgen

Umsetzungsstand HHK 2004-2007

Stand: 04.10.2007

	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Vorschlag	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
B	2004	1376	Ref. IV	Sonstige Stellenkonsolidierungen	Abbau von insgesamt 9,61 Stellen im gesamten Geschäftsbereich 1,0 Schulsekretärin SchB 1,0 Schulhausmeister SchV 0,5 Verwaltungskraft SchB 0,26 medienpäd. Dienst MZ 1,0 Schulsekretärin SchG 2,0 Reinigungskräfte SchV 1,0 Reinigungskraft SchB 1,0 Verwaltungsfachkraft SchB 1,0 Techn. Fachkraft SchG 0,5 Projektkoordinator Ref.IV 0,35 Verwaltungsfachkraft	331.524	331.524	289.924	41.600	Sofortiger Stelleneinzug bzw. Anbringung von verschiedenen kw-Vermerken im Umfang von insgesamt 9,61 VK mit unterschiedlichen Wirksamkeiten. 8,5 Stelleneinzüge wurden bereits realisiert. Realisierung eines kw-Vermerkes steht noch aus; wie bereits angekündigt, wird ab 01.01.2008 eine Budgetverschlechterung erfolgen.
	2004		Ref. IV			2.816.805	2.816.805	2.630.505	186.300	
	2005		Ref. IV							
	2005	47	Ref. IV	Verzicht auf Anstellung der Schulweghelfer im Rahmen des BAT		49.350	49.350			Im Rahmen des TVÖD wurden die rechtlichen Möglichkeiten geprüft. Die von SchV geführten Verhandlungen mit der Verkehrswacht mit dem Ziel der Aufgabenübertragung führten zu keinem Ergebnis. Im Rahmen der Stellenschaffungen zum Haushalt 2008 wurden weitere 4 Vollkraftstellen (Kosten hierfür 148.000,- Euro) ohne Deckung beantragt. Mangels Realisierbarkeit des Konsolidierungsbeschlusses wurde von SchV ein Ersatzvorschlag angefordert.
	2005	48	Ref. IV	Veränderung von Mietverhältnissen, insb. durch die Auflösung von Teilhauptschulen		25.000	25.000			Das Regionalkonzept des Freistaates wird derzeit umgesetzt. Die Abschaffung der Teilhauptschulen erfolgt stufenweise. Es war vorgesehen, aufgrund der hierdurch freiwerdenden Räume, Anmietungen für die Mittagsbetreuung jeweils im entsprechenden Umfang aufzugeben. Durch den Mehrbedarf im Rahmen der Einführung der Ganztagschulen sind faktisch keine kassenwirksamen Abmietungen möglich. Eine Darstellung des verminderten Raumbedarfs wird derzeit von der Schulverwaltung erstellt und soll dem Fachausschuss noch 2007 gesondert vorgelegt werden.
B	2005	49	Ref. IV	Reduzierung der Verwaltungskapazitäten in den Bereichen Ref. IV, SchV, Ref. IV-SchG		37.750	37.750		37.750	Die Stelle der Amtsleitung von SchV wird im Jahr 2009 frei. Im Rahmen der Planungen über die zukünftige Struktur des Schulbereiches wird die Umsetzung dieser Einsparung berücksichtigt. Wie angekündigt wird ab 01.01.2008 eine Budgetverschlechterung erfolgen.
	2005		Ref. IV			112.100	112.100	0	37.750	
	2006		Ref. IV							
B	2006	13	MN	Abbau Ferienüberhang, Angleichung der Strukturen an IZ-Städte		50.000	50.000		50.000	Ferienüberhang erscheint nach der aktuell vorgelegten Aufstellung nur teilweise abgebaut. Ein Konzept zur vollständigen Realisierung wurde bis Ende 2007 angefordert. Die Realisierung soll ab 01.01.2008 durch entsprechenden Budgetabzug sichergestellt werden.
	2006		Ref. IV			114.000	112.700	62.700	50.000	
	2007		Ref. IV							
	2004		Ref. V							
	2004		Ref. V			5.414.829	5.414.829	5.414.829	0	
	2005		Ref. V							
	2005	50	Ref. V	Neustrukturierung des Referatsbereichs		500.000	500.000	204.192	295.808	Wird im Rahmen der Umsetzung der Organisationsreform des Referates V erbracht; in Teilen bereits umgesetzt

Umsetzungsstand HHK 2004-2007

Stand: 04.10.2007

	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Vorschlag	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
X	2005	51	ASD	(1) Effizienzüberprüfung der Fachstelle für Wohnungslosen- und Obdachlosenhilfe und (2) Überprüfung des additiven Modells und der organisatorischen Zuordnung der Aufgabe.		27.300	27.300	27.300		wurde im Rahmen der Umsetzung der Organisationsreform des Ref. V erbracht
	2005	56	SenA	Bündelung der Verwaltungskapazitäten SenA mit Ref. V		20.000	20.000			Die Realisierung des Einzuges einer Halbstelle kann erst mit dem Einzug von SenA in das Heilig-Geist-Haus erfolgen (voraussichtlich 2009). Die stellenplanmäßige Behandlung erfolgt gesondert.
	2005	Ref. V				719.925	676.500	231.492	422.958	
	2006	Ref. V								
	2006	17	SHA	Überprüfung der Personalkapazität bei SHA durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV)	Aufgrund der Trennung der bisherigen BSHG-Fälle in SGB XII-Fälle und SGB II-Fälle wird ein großer Anteil der bisherigen BSHG-Bedarfsgemeinschaften in der ARGE Nürnberg bearbeitet. Bei SHA haben sich durch das SGB XII die Arbeitsabläufe wesentlich geändert.	1.000.000	1.000.000	458.609	541.391	Bearbeitung ist in laufenden Prozess der Neustrukturierung von Ref. V eingebunden. Die künftige Personalausstattung bei SHA wurde im POA am 24.10.2006 beschlossen. Ein Teil der Stelleneinzüge wurde bereits realisiert.
	2006	18	Ref. V, Ref. VIII	Reduzierung der Vergütungen von Praktikantinnen und Praktikanten der Fachhochschulen	Die Stadt Nürnberg stellt jährlich für 80 Praktikantinnen und Praktikanten jeweils zweimal 20 Wochen pro Jahr Plätze zur Verfügung und bezahlt jeweils im Monat 204,52 EURO aufgrund eines Stadtratsbeschlusses vom 16.03.1993, entsprechend dem Höchstbetrag der Richtlinien der Tarifgemeinschaft dt. Länder für die Gewährung von Praktikantenvergütungen v. 19.11.1990. Der Gesamtbetrag der Vergütung beträgt 163.616,- EURO jährlich.	80.000	80.000		80.000	Wird ab dem Studienjahr 2008 umgesetzt.
	2006	Ref. V				1.230.000	1.230.000	608.609	621.391	
	2007	Ref. V								
	2007	4	Ref. V	Neuorganisation des Referates V	Durch die Organisationsreform im Referat V kann eine Einsparsumme in Höhe von insgesamt 1.075.000 Euro erwartet werden.	1.075.000	1.075.000		1.075.000	Die zeitliche Planung ist erstellt. Die Umsetzung der Neuorganisation des Ref. V erfolgt in Abstimmung mit den Referaten I und II.
	2007	Ref. V				4.755.000	4.755.000	3.410.000	1.345.000	
	2004	Ref. VI								
X	2004	1233	BAV	Reduzierung techn. Zeichenarbeit	Nach Einarbeitung in die neue Software im Beitragswesen und durch Übernahme kleinerer Planänderungen/-ergänzungen an den Abrechnungsgebeiten soll die Stellenkapazität um 0,5 VK reduziert werden.	20.800	20.800	20.800		Stelleneinzug zwischenzeitlich erfolgt
X	2004	1106	BoB	Personalreduktion	Wegfall einer Planstelle	16.700	16.700	16.700		Stelleneinzüge zwischenzeitlich realisiert
	2004	1271	Geo	Straffen der Organisation und Optimieren der Prozesse bei vermessungstechnischen Arbeiten	Optimieren der Vermessungsarbeiten zur Aktualisierung der Geobasisdatenbestände des Geo bzw. Strukturanpassung wegen Ruhstandsversetzungen von Ingenieuren und Messgehilfen in den nächsten Jahren; u.a. Zusammenlegen der beiden Fachbereiche Geo/1-Nord und Geo/1-Süd.	204.950	204.950	137.250	67.700	2 Stelleneinzüge realisiert; Realisierung weiterer angebrachter Vermerke erfolgt 2008 bzw. 2009 nach Ruhstandsversetzungen

Umsetzungsstand HHK 2004-2007

Stand: 04.10.2007

	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Vorschlag	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
X	2004	1235	H	Reduzierung der Wartungsarbeiten an Heizungs- und Lüftungsanlagen	Die Heizungs- und Lüftungsanlagen der städtischen Liegenschaften müssen teilweise über ihre Lebensdauer betrieben werden, weil Mittel für die Ersatzbeschaffung fehlen. Die Betriebssicherheit kann nur durch entsprechenden Aufwand für Wartung und Störungsbeseitigung gewährleistet werden. Durch Reduzierung der Personalkapazität werden die Wartungsintervalle und die Reaktionszeiten bei Störungsbeseitigungen verlängert.	146.766	146.766	146.766		Durch 3 Stelleneinzüge realisiert.
	2004	1151	Stpl	Registratur Stpl/Vpl	Reduzierung des Personals in der Registratur Stpl/Vpl auf das mindeste Maß (für die Dienststellen Stpl und Vpl nur noch 1/2 Stelle). Alle MitarbeiterInnen der Bürogemeinschaft Stpl/Vpl sind im Stellenplan von Stpl geführt.	8.862	8.862		8.862	kw-Vermerk an Stelle mit F12.08 wurde angebracht.
X	2004	1209	Stpl	Gruppen kw-Vermerk Stadtgestaltung	Einzug einer frei werdenden Stelle in diesem Aufgabenbereich.	66.400	66.400	66.400		Durch Stelleneinzug realisiert.
	2004	1210	Stpl	Gruppen kw-Vermerke Strukturplanung	Einzug von 1,5 frei werdenden Stelle in diesem Aufgabenbereich.	93.950	93.950	54.350	39.600	Einzug einer Halbstelle sowie WAS-Reduzierung einer Stelle auf 23 WAS. Realisierung eines kw-Vermerkes bis Anfang 2008 steht noch aus
	2004	1211	Stpl	Gruppen kw-Vermerk Planvollzug/Planaufgabe	Einzug einer frei werdenden Stelle in diesem Aufgabenbereich.	33.200	33.200		33.200	Der Einzug der Halbstelle wird mit F 08/10 realisiert
	2004	321	T	Verkehrssicherung/Wohnumfeldverbesserung, Innendienst	Einzug der Stelle eines Bautechnikers VGr. Vc/Vb	46.750	46.750		46.750	kw-Vermerk an Stelle angebracht; jedoch noch nicht vollzogen. Nach Umsetzung des Stelleninhabers innerhalb des Stellenplans von T (Bereich Brückenbau) kann der Einzug realisiert werden.
X	2004	1237	T	Stelleneinzug	Verlagerung von Aufgaben auf andere Sachbearbeiter	41.600	41.600	41.600		Anbringung eines kw-Vermerkes mit F 12.07 erfolgt; durch den von Stk anerkannten Ersatzvorschlag "Reduzierung von Sachmitteln" soll der Vermerk dem Stellenplan entnommen werden.
B	2004	1273	T	Synergieeffekte	Synergieeffekte durch die Optimierung von Aufgaben des ZD/Ermittlungsdienstes und der Verkehrsaufsicht T/1-1	39.300	39.300		39.300	Einzug der Stelle durch Anbringung eines Gruppen-kw-Vermerkes F 12.07. Da dieser nicht zeitgerecht realisiert werden kann, wird ab 1.1.2008 eine Budgetbelastung erfolgen
X	2004	1289	T	Straßenbeleuchtung	Verbesserung der Ablauforganisation, Einsatz langlebigerer Lampentechnologie	96.266	96.266	96.266		Anbringung von Gruppen-kw-Vermerken im Umfang von 2 Stellen mit F12.07 ist erfolgt - Stelleneinzüge zwischenzeitlich erfolgt
X	2004	1290	T	Einzug einer Verwaltungsstelle	Verlagerung der Rechnungsbearbeitung auf den technischen Dienst	39.300	39.300	39.300		Gruppen-kw-Vermerk mit F12.07 an einer Stelle angebracht. Stelleneinzug zwischenzeitlich erfolgt
	2004	1155	Vpl	Verkehrstechnik	Reduzierung um eine halbe Stelle	33.200	33.200		33.200	Gruppen-kw-Vermerk R19,25 mit F12.08 (POA 11.5.2004) an einer Stelle angebracht.
	2004		Ref. VI			5.004.759	4.897.559	4.628.947	268.612	
	2005		Ref. VI							

Umsetzungsstand HHK 2004-2007

Stand: 04.10.2007

	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Vorschlag	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
	2005	59	Ref. VI	Zusammenführung der Planungsverantwortung (dieser Vorschlag ist deckungsgleich mit dem Vorschlag der AG 2.,3.BM/Ref IV, ID 115) - Diskussion im Rahmen der Strukturreform		161.000	161.000			Die Bearbeitung steht in engen fachlichen Zusammenhang mit ID1405 aus der HHK 2004. Ref. VI wird um Erstellung eines Realisierungskonzeptes unter Beachtung der Schnittstellen Grundsatz- und Ausführungsplanung gebeten.
	2005	62	BAV	Abbau von Hierarchien nach Ablauf des Projektes		45.000	45.000		45.000	In der Sitzung am 9.5.2006 wurde der von der referatsübergreifenden Projektgruppe (Ref. VI, BAV, H, T, PR Ref. VI, OrgA) erarbeitete Umsetzungsvorschlag beschlossen. Aufgrund des noch nicht abgeschlossenen Projektes "Abbau des Bearbeitungsrückstandes" konnte dieser noch nicht kassenwirksam umgesetzt werden. Die Verlängerung des kw-Vermerks auf F12.10 wird empfohlen.
	2005	66	Stpl	Reduzierung der Personalkapazität für die Bearbeitung von Widersprüchen, sofern das Widerspruchsverfahren dauerhaft abgeschafft bleibt		60.000	60.000			Derzeit werden verwaltungsintern die erhobenen Daten ausgewertet und ein entsprechender Vorschlag zu Umsetzung der erkennbaren Einsparung bei den Fachämtern durch den dauerhaften Wegfall des Widerspruchsverfahrens zur Vorlage im POA erarbeitet.
X	2005	67	Stpl	Neustrukturierung der Abteilungen Städtebauliche Planung.		40.000	40.000	40.000		Änderungen in der Aufbauorganisation der Abteilungen "Städtebaul. Planung Nord" und "Städtebaul. Planung Süd" wurden vorgenommen. Ein entsprechender Stellenvermerk "kw" im Umfang von 21,54 WAS mit der Fristigkeit F12/07 wurde realisiert.
X	2005	68	Vpl	Einführung einer Kostenverrechnung		20.000	20.000	16.530		Da der Vorschlag nach Ansicht von Vpl und Stk nicht umsetzbar war, wurde ersatzweise eine Änderung des Kommunalen Kostenverzeichnisses (für die Abgabe von Plankopien) und die Aufnahme der Verrechnung von Planungsleistungen in den Leistungskatalog (Kostenverrechnung) vorgenommen. Es wird empfohlen, den Beschluss als erledigt zu betrachten.
	2005	69	Vpl	Prüfung der Schnittstelle von Vpl zu SÖR		34.000	34.000			Die Ergebnisse des SÖR-Projektes sind abzuwarten.
	2005	70	BoB	Reduzierung der Personalkapazität für die Bearbeitung von Widersprüchen, sofern das Widerspruchsverfahren dauerhaft abgeschafft bleibt. Wegfall von 1,0 Stellen .		54.600	54.600			Derzeit werden verwaltungsintern die erhobenen Daten ausgewertet und ein entsprechender Vorschlag zu Umsetzung der erkennbaren Einsparung bei den Fachämtern durch den dauerhaften Wegfall des Widerspruchsverfahrens zur Vorlage im POA erarbeitet.
	2005	72	BoB	Organisationsuntersuchung nach Novellierung Baurecht		190.000	190.000			Im Rahmen des Städtevergleichs Essen-Leipzig-Nürnberg wird die Organisationsuntersuchung der BoB aufgrund der Verzögerung der Novellierung der BayBO erst Ende 2007 begonnen. Mit einem ersten Zwischenbericht ist bis Ende 2008 zu rechnen.
X	2005	73	H	Straffung bei der Planung der Bauunterhaltsmaßnahmen an Schulen		60.000	60.000	60.000		Ein Ersatzvorschlag bezüglich einer Sachmittelreduzierung wird derzeit mit Stk abgestimmt; der Beschluss kann als erfüllt angesehen werden.
	2005	74	H	Teilweiser Umbau der Heizungswerkstatt in Richtung Vergabeleistungen.		200.000	200.000			Aktuelle Organisationsuntersuchung zu dem Thema im Rahmen des Städtevergleichs "Essen-Leipzig-Nürnberg"; Bericht bis Ende 2007
	2005	75	H	Einführung eines projektbezogenen Controlling-systemes für Baumaßnahmen beim Hochbauamt		10.000	10.000			Im Rahmen der Umsetzung der Neuorganisation von H ist in den nächsten Monaten die Implementierung eines Wirkungscontrolling-systems vorgesehen.

Umsetzungsstand HHK 2004-2007

Stand: 04.10.2007

Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Vorschlag	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA	
2005		Ref. VI			1.420.050	1.420.050	551.980	155.000		
2006		Ref. VI								
	20	H	Bereich Technik (z. B. Starkstrom, Sanitär, Heizung)	Aufgrund des neuen Hausmeistermodells bei den Schulen und möglicher weiterer Dezentralisierungen sind Personaleinsparungen möglich.	60.000	60.000		60.000	Nach Umsetzung der Neuorganisation von H werden im Laufe von 2008 Maßnahmen hierzu vorgeschlagen.	
X	2006	21	H	Denkmalpflege und Denkmalschutz	Die gewachsene Sensibilität für städtische Dienstleistungen erfordert auch eine aufgabenkritische Herangehensweise an die Aufgaben des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege. Die Konzentration auf wesentliche Aufgaben sollte sowohl bei der Denkmalpflege als auch beim Denkmalschutz noch einen sachgerechten Vollzug sicherstellen.	100.000	100.000	71.100	21.900	Im Rahmen der Neuorganisation von H wurde ein Stelleneinzug bzw. Stellenwertveränderungen beschlossen (POA vom 18.9.2007).
X	2006	24	Bau-DSt, Bauhöfe, ASN und StEB	Gerätepool aller Baudienststellen bzw. stadteigene Betriebe ins Intranet einstellen und an stadteigene Dienststellen kostengünstig vermieten.	Durch Einrichtung eines Gerätepools mit kostengünstiger interner Vermietung (unter Marktpreis) der Maschinen, Geräte und Fahrzeuge kann die Auslastung verbessert werden. Außerdem bleiben die Finanzmittel, die bei Fremdanmietung fällig würden, im städtischen Haushalt.	5.000	5.000			Überprüfungen fanden statt. Die Zusammenarbeit der Dienststellen erfolgt bereits. Der Nachweis einer kassenwirksamen Einsparung ist nur schwer zu führen. Es wird vorgeschlagen, den Beschluss als erledigt zu betrachten.
2006		Ref. VI			265.000	165.000	71.100	81.900		
2007		Ref. VI								
	2007	7	H	Denkmalschutz von H zu BoB	Konzentration der hoheitlichen Aufgaben im Rahmen des DschG bei der BoB, Zuordnung des Fachbereiches Denkmalschutz von H zur BoB. Der verbleibende Fachbereich Denkmalpflege kann wie in den Jahren zuvor in den Bereich Bau integriert werden. Dadurch wird die Abteilungsleiterstelle Bereich Denkmalpflege/Denkmalschutz eingespart.	0				Nach Umsetzung der Neuorganisation von H wird die Aufgabenverlagerung des hoheitlichen Bereichs in 2008 vorgenommen.
	2007	8	Geo	Prüfauftrag im Bereich Reproduktion	Da externe Vergaben im Bereich Reproduktion wirtschaftlicher sind, als die interne Aufgabenerledigung durch Geo, ist zu prüfen, in welchem Umfang die derzeit bei Geo vorgehaltenen Personal- und Sachressourcen für die Aufgabenerfüllung im Bereich Reproduktion noch notwendig sind.	50.000	50.000			Wird im Rahmen des interkommunalen Städtevergleichs Essen-Leipzig-Nürnberg bearbeitet. Ein erstes Ergebnis der Vergleichsarbeit wird bis Ende 2007 vorgelegt.
	2007	9	Geo	Prüfauftrag im Bereich Kartographie	Im Stellenplan von Geo sind 17,48 Stellen im Bereich Kartographie ausgewiesen. Es wird - auch im Vergleich zu anderen Kommunen - geprüft, ob eine Reduzierung des Personals möglich ist.	200.000	200.000			Wird im Rahmen des interkommunalen Städtevergleichs Essen-Leipzig-Nürnberg bearbeitet. Ein erstes Ergebnis der Vergleichsarbeit wird bis Ende 2007/Anfang 2008 vorgelegt.
2007		Ref. VI			250.000	250.000	0	0		
2004		Ref. VII								
2004		Ref. VII			966.638	967.838	967.838	0		
2005		Ref. VII								
X	2005	78	Ref. VII	Zusammenführung Stab Stadtentwicklung mit WS/Stadterneuerung		106.000	106.000	106.000		Ein Gruppen-kw-Vermerk wurde angebracht. Stelleneinzüge zwischenzeitlich realisiert
	2005	80	WS	Wegfall der Aufgabe Wohnungsaufsicht und Standardreduzierung im Bereich Mietpreisüberprüfung		161.950	161.950	52.850	109.100	kw-Vermerk bzw. Gruppen-kw-Vermerke wurden angebracht und zwischenzeitlich teilweise realisiert
X	2005	81	WS	Kapazitätsanpassung Wohngeld, Schnittstellenanpassung Wohnungsversorgung		250.000	250.000	250.000		Durch Stelleneinzüge realisiert.

Umsetzungsstand HHK 2004-2007

Stand: 04.10.2007

	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Vorschlag	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
	2005	82	WiV	Prüfauftrag: Organisationsentwicklung WiV		75.500	75.500			Der durch einen externen Berater begleitete Organisationsentwicklungsprozess, in dem der Prüfauftrag mit bearbeitet wird, ist weit fortgeschritten. Nach Fertigstellung und Abstimmung des Abschlussberichtes wird dieser vorgestellt.
	2005		Ref. VII			825.450	825.450	588.850	109.100	
	2006		Ref. VII							
	2006	25	WS	Förderung des Wohnungsbaus	Es ist zu prüfen, inwieweit Änderungen bei der Eigenheimzulage zu einer Veränderung bei den Fallzahlen führen und damit eine Anpassung der Stellenkapazität möglich wird.	50.000	50.000			Die Auswirkungen der bei WS zu verzeichnenden Veränderung der Fallzahlen auf den Stellenbedarf werden verwaltungsintern in 2007 überprüft.
	2006		Ref. VII			50.000	50.000	0	0	
	2007		Ref. VII							
	2007	10	Ref. VII, IB	Bündelung der Kompetenzen bei EU Fördermitteln	Überprüfung der Aufgabenerledigung bei IB, Ref. VII und WiV (Hinweis: Metropolregion, Struktur- und Sozialfonds)	80.000	80.000			Die Überprüfung der Aufgabenerledigung wird in Abstimmung mit Ref. VII noch in 2007 begonnen.
	2007	19	LA	Verkauf von nicht (mehr) für städtische Zwecke benötigten Immobilien (insbesondere unbebauter Besitz und Wohngebäude - auch die in GfG-Verwaltung)	Ermittlung der in Frage kommenden Immobilien sowie Umsetzung durch Erhöhung des Einnahmeansatzes um jährlich 400.000 €.	400.000	400.000			LA versucht laufend, nicht mehr für städtische Zwecke benötigte Immobilien zu veräußern. Eine systematische Überprüfung des Gebäudebestands wird im Zusammenarbeit mit Stk und OrgA erfolgen. Dies konnte aufgrund der begrenzten Personalressourcen noch nicht begonnen werden.
	2007		Ref. VII			480.000	480.000	0	0	
	2004		Ref. VIII							
X	2004	537	KuF	Zusammenführung des Jugendzentrums für kult. und politische Bildung mit anderer Einrichtung	Zusammenführung des Jugendzentrums für kulturelle und politische Bildung mit einer anderen Einrichtung des Kultur- oder Sozialreferates. Weiterführung des Erfahrungsfelds der Sinne im Rahmen der Veranstaltungen bei KuF. Begründung: Gemäß BAB 2001 hatte das JuZ rund 127.000 Besucher; davon entfielen 100.000 auf das Erfahrungsfeld der Sinne. Gemessen an der ganzjährigen Stellenausstattung mit 7,0 VKS ist das JuZ im Vergleich zu anderen KuF-Einrichtungen eher schlecht ausgelastet. Stellenanpassung nach entsprechender Vollkostenrechnung.	200.000	100.000	74.900	25.100	Zwischenzeitlich ist der Stelleneinzug erfolgt sowie an einer Stelle ein Stellenvermerk "ku IVa/III" angebracht, der 2008 realisiert werden wird.
	2004	1353	KuF	Konzeptionelle Neuorientierung im Rahmen der neuen finanziellen Bedingungen	Plafondreduzierung um insgesamt 284.000 €, gleichmäßig verteilt auf 2004 bis 2007. Erreicht werden diese Einsparungen durch versch., bereits mit Vermerk mitgeteilte Maßnahmen, die noch zu konzipieren sind. Dies wird zeitnah erfolgen, Ergebnisse werden mitgeteilt (u.a. auch im KultA). Folgende Maßnahmen sind geplant: Verstärkte Synergibildung in der Stadtverw., Prüfung der Angebote der dezentralen Einrichtungen, Umorg. Öff. arbeit und der Org. strukturen bei KUF sowie Erhöhung der Einnahmen. Gleichzeitig wird der in den Haushaltsberatungen 2004 beschlossene Betrag in Höhe von 200.000 € für das Jugendzentrum für politische Bildung auf 100.000 € reduziert (ID Nr. 537).	284.000	284.000	142.000	142.000	Die Plafondkürzung ist für 2004 und 2007 erfolgt. 2008 und 2009 mit jeweils 71.000,- Euro stehen noch aus. Der Zeitplan der Plafondverschlechterungen wurde aufgrund der WM mit Zustimmung der Stadtspitze verschoben.
B	2004	1303	MSH	Verzicht auf eine Stelle für einen Techniker/in	Im Betriebsdienst wird auf eine Stelle für einen Techniker/in verzichtet.	46.750	46.750		46.750	Anbringung eines kw-Vermerkes ist erfolgt; ab 1.1.2008 erfolgt eine Budgetverschlechterung in entsprechender Höhe.

Umsetzungsstand HHK 2004-2007

Stand: 04.10.2007

	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Vorschlag	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
A	2004	526	Ref. VIII	Reduzierung des städt. Zuschusses an GNM	Verhandlungen mit den anderen Zuschussgebern mit dem Ziel der Absenkung des städt. Anteils auf 1/18 statt ein 1/10 (derzeit 1/9)	540.000				In Verhandlungen mit dem Freistaat konnte nur eine Deckelung, jedoch keine Reduzierung des städtischen Zuschusses erreicht werden. Ref. VIII bat um Aufhebung des Beschlussvorschlags. Zur Realisierung des bereits reduzierten Konsolidierungsbetrages wurde ein Ersatzvorschlag angefordert. Es wird vorgeschlagen, den Beschluss mangels Realisierbarkeit aufgrund der vertraglichen Verpflichtung aufzuheben.
X	2004	1397	Ref. VIII	Reduzierung einer Vollzeitstelle auf 19,25 WAS		37.750	37.750	37.750		Der Einzug einer Halbstelle wurde mit Zustimmung des Verwaltungsrates von KpZ realisiert.
X	2004	1334	StB	Übertragung der Verwaltungsbücherei als interne Fachbibliothek auf RA	Durch diese Maßnahme sind Einsparungen bei Personal- und Sachkosten möglich.	72.300	68.088	45.000	23.088	Die Reduzierung des Ansatzes des Sachkontos im Umfang von 45.000 € ist inzwischen stufenweise erfolgt. Ein ku-Vermerk (IVb ku VI b) wurde an einer Stelle angebracht. Mit POA vom 14.9.04 wurde die Einsparsumme reduziert und eine personalwirtschaftliche Lösung zur Umsetzung beschlossen.
	2004		Ref. VIII			3.256.829	2.537.318	2.300.380	236.938	
	2005		Ref. VIII							
X	2005	86	KuM	Wegfall von Kassenkräften im Albrecht-Dürer-Haus und im Spielzeugmuseum		6.000	6.000		6.000	Die zeitnahe Umsetzung erweist sich aus personalwirtschaftlichen Gründen als schwierig. Eine Realisierung erscheint in angemessener Zeit kaum möglich. Die Realisierung wird ab 01.01.2008 durch Budgetabzug erfolgen.
	2005	87	KuH	Optimierung der unterstützenden Dienste (Verwaltung, Handwerker, Hausmeister) im Bereich Ref. VIII		50.000	50.000			In der gemeinsamen Sitzung des Kultur- und Personalausschusses vom 13.07.2007 wurden Beschlüsse zur personellen Ausstattung der neuen Dienststelle "KunstKulturQuartier Nürnberg - KuKuQ", in der die Kunsthalle aufgeht, getroffen. Im Team Zentraler Service des KuKuQ wurde ein Technikerpool für die im KuKuQ zusammengeführten Bereiche KuF/4 (Tafelhalle und Festivals), KuH, K4 und Villa Blumenstraße geschaffen. Die Erbringung der Einsparsumme steht jedoch noch aus. Seitens Ref. VIII ist ein Umsetzungsvorschlag zu übermitteln.
	2005	88	Av	Prüfauftrag: Erschließung neuer Einnahmequellen/Teilweiser Wegfall der Gebührenfreiheit		5.000	5.000			Entwurf GebS wurde erstellt und wird aktuell mit RA abgestimmt/geprüft; anschließend ist die Behandlung im KulturA und StR vorgesehen. Anhebung der Gebühren geplant. Von Ref. VIII wurde ein Umsetzungsplan incl. Zeitplan angefordert.
	2005	89	Av	Reduzierung Verwaltungskapazität		40.000	40.000		40.000	Av sieht zwar keine Möglichkeit für Reduzierung der Verw.kapazität, im Einvernehmen mit Ref. VIII und OrgA wurde jedoch eine Lösung entwickelt, die den geforderten Sparbetrag in absehbarer Zeit erbringt und gleichzeitig die für Av notwendige Personalkapazität für Archivierung digitaler Daten schafft; ein Stellenvermerk "ku" wurde angebracht.
	2005	90	StB	Prüfauftrag: Abgabe der Buchbindarbeiten (Folierungsarbeiten) an Behindertenwerkstätten o. ä.		45.000	45.000		45.000	Personalwirtschaftlich derzeit nicht umsetzbar; erst mit Bezug der neuen Zentralbibliothek (2009) könnten Konsolidierungsmöglichkeiten entstehen; deshalb erhielten die 2,28 VK-Stellen im Stellenplan einen offenen ku-Vermerk.
	2005	91	StB	Prüfauftrag: Reduzierung der Stellenausstattung im Rahmen einer Neuorganisation		150.000	150.000			Erst mit Bezug der neuen Zentralbibliothek in 2009 zu realisieren
	2005		Ref. VIII			673.500	668.500	72.000	391.000	
	2006		Ref. VIII							
	2006		Ref. VIII			154.800	154.800	154.800	0	
	2007		Ref. VIII							

Umsetzungsstand HHK 2004-2007

Stand: 04.10.2007

Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Vorschlag	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
2007	17	Ref. VIII	Hochschule für Musik	Die Verbandsumlage soll schrittweise reduziert werden.	150.000	150.000			Sofern der staatliche Zuschuss in der Höhe gewährt wird, mit der er im Staatshaushalt vorgesehen ist, kann die Sparvorgabe eingehalten werden. Eine Reduzierung erfolgt Ende 2007 nach Gewährung des staatlichen Zuschusses an den Zweckverband.
2007		Ref. VIII			150.000	150.000	0	0	
2004		Allgemein							
2004	1079	Allgemein	Änderung der Bayer. Bauordnung: Personalreduktion	Wegfall einer Planstelle	89.400	89.400		89.400	Die Fristigkeit "F12.07" des angebrachten Gruppen-kw-Vermerkes wurde in eine Bedingung "nach Novellierung der BayBO" abgeändert (POA 10.5.2007)
2004	1141	Allgemein	Änderung der Bayer. Bauordnung: Personalreduktion	Wegfall einer Planstelle	74.450	74.450		74.450	Die Fristigkeit "F12.07" des angebrachten Gruppen-kw-Vermerkes wurde in eine Bedingung "nach Novellierung der BayBO" abgeändert (POA 10.5.2007)
2004	1142	Allgemein	Änderung der Bayer. Bauordnung: Personalreduktion	Wegfall einer halben Planstelle	37.225	37.225		37.225	Die Fristigkeit "F12.07" des angebrachten Gruppen-kw-Vermerkes wurde in eine Bedingung "nach Novellierung der BayBO" abgeändert (POA 10.5.2007)
2004	1405	Allgemein	Prüfauftrag für die Bereiche Straßenunterhalt, Grün, Reinigung und Müllsammeln	Vor einer intensiveren Prüfung der möglichen Formen der Zusammenarbeit im Großraum auf diesem Gebiet sollten die Schnittstellen in der Nbg. Struktur untersucht werden. Geprüft werden soll die Errichtung einer neuen Organisationseinheit (z.B. Eigenbetrieb) mit dezentralen Zuständigkeiten, die die Aufgaben Grün / Straßenunterhalt / Straßenreinigung / Winterdienst und Müllsammeln ganzheitlich erledigen. Da die volle Wirksamkeit der geschätzten Einsparziele in Höhe von 2 Mio. € nicht im vorgegebenen Zeitraum erfolgen wird und auch die mögl. Auswirkungen auf die bisherigen Organisationsstrukturen nicht so schnell haushaltswirksam werden, wird vorgeschlagen, eine Einnahmeerwartung für den Zeitraum bis 2007 in Höhe von 1 Mio. € anzusetzen.	1.000.000	1.000.000			Auf Grundlage eines Grobkonzeptes, welches neben der Ist-Aufnahme auch die Ausarbeitung eines Vorschlages über Struktur und Rechtsform für die künftige Organisationseinheit sowie die grobe Quantifizierung der möglichen Einsparpotentiale und Investitionserfordernisse enthält, erarbeitet derzeit eine referatsübergreifende Projektgruppe ein Feinkonzept. Das Feinkonzept ist zur Zeit in Arbeit und soll bis Oktober 2007 vorliegen. Die möglichen (dauerhaften) Einsparungen (sowie die notwendigen (einmaligen) Investitionen) sind noch nicht näher quantifiziert.
2004		Allgemein			7.108.917	6.234.917	5.033.842	201.075	
2005		Allgemein							
2005	96	Allgemein	Rezentralisierung Öffentlichkeitsarbeit		140.000	140.000			Wird ab Mitte 2008 bearbeitet.
2005	97	Allgemein	Optimierung nach Einführung von SAP und SAP-HR		400.000	400.000	17.000		Eine Stelle wurde bei PA eingezogen; eine weitere Überprüfung erfolgt nach Abschluss der Einführung von SAP/HR in den nächsten Jahren
2005	98	Allgemein	Gebäudemanagement: Prüfauftrag		100.000	100.000			Wird im Rahmen des Städtevergleichs Leipzig-Essen-Nürnberg unter Federführung der Stadt Essen untersucht. Daneben wird der Prüfauftrag durch die Arbeitsgruppe "Gebäudemanagement" in den nächsten Monaten bearbeitet.
X	2005	105	Allgemein	Verlustausgleich NOA	500.000	500.000	500.000		Ref. II überwacht die Einhaltung der Reduzierung im Wirtschaftsplan der NOA.
2005	107	Allgemein	Optimierung des Umlegungsprozesses		5.000	5.000			wird im Rahmen der Untersuchung der Grundstückswertermittlung (Thema im Städtevergleich Essen-Leipzig-Nürnberg) 2008 abgearbeitet
2005	109	Allgemein	Zuordnung der Stellplatzablöse		5.000	5.000			Aus der Sicht von Ref. VII/LA soll an der bisherigen Organisation festgehalten werden. Eine abschließende Entscheidung hierüber soll im Rahmen der Organisationsuntersuchung BoB unter Berücksichtigung der Ergebnisse von SÖR getroffen werden.
2005		Allgemein			3.491.000	3.251.000	1.517.000	0	
2006		Allgemein							

Umsetzungsstand HHK 2004-2007

Stand: 04.10.2007

Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Vorschlag	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
2006	19	Allgemein	IZ-Geo		633.000	633.000			Der Vorschlag wird im Rahmen einer stadtinternen Arbeitsgruppe mit der Zielsetzung der Einführung eines stadtweiten GIS in Nürnberg bearbeitet (POA 23.10.2007). Da die Umsetzung verschiedene Dienststellen der Stadtverwaltung betrifft, wird der Vorschlag zukünftig unter der Rubrik "Allgemein" ausgewiesen.
2006	28	Allgemein	Einsatz von Transponder-Chips	Z.B. bei der Bücherausleihe oder beim Eintritt in Bäder sollen Selbstbedienungskonzepte mit dem Einsatz von Transponder-Chips geprüft werden. Einsparungen sicher, Höhe nicht abschätzbar.	0	0			Eine referatsübergreifende Arbeitsgruppe erarbeitet ein Konzept. Der Einsatz kann frühestens mit Eröffnung der Zentralbibliothek 2009 erfolgen. In einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung müssen die Anfangsinvestitionen und die zu erzielenden laufenden Einsparungen betrachtet werden. Dem Fachausschuss wird zu gegebener Zeit über das Ergebnis berichtet.
2006		Allgemein			6.672.600	6.672.600	6.582.600	0	
2007		Allgemein							
2007	11	Allgemein	Kostensenkung durch internetbasierten Einkauf (e-procurement)	Es ist zu prüfen, ob durch Online-Ausschreibung, Online-Vergabe und Online-Einkauf Einsparpotenziale erzielbar sind. Hierbei sind auch Vergleiche mit Städten, die bereits e-procurement nutzen, einzubeziehen. Weiterhin ist zu prüfen, inwieweit die Funktionalitäten von SAP bzw. externe e-procurement-Plattformen genutzt werden können. Ggf. ist externe Unterstützung einzubeziehen. Eine entsprechende Arbeitsgruppe wurde ins Leben gerufen.	200.000	200.000			Da - auch in anderen Kommunen - noch entsprechende Erfahrungswerte fehlen und die oftmals gehandelten hohen Einsparpotenziale in der Praxis nicht belegbar sind, wird vorgeschlagen, eProcurement im Rahmen eines Pilotbetriebs zu erproben und die realen Auswirkungen hinsichtlich qualitativer Aspekte (erhöhte Rechtssicherheit, Know-how-Transfer,...), des Personaleinsatzes und möglicher Einspareffekte bei den Einkaufspreisen (durch Bündelungseffekte / Mengengression bzw. reduzierte Angebotspreise) zu evaluieren. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept sowie eine Kostenschätzung für das Aufsetzen eines Pilotbetriebes zu erarbeiten.
2007	12	Allgemein	Verzicht auf Lagerhaltung	Im Zusammenhang mit internetbasiertem Einkauf ist auch gesamtstädtisch die Notwendigkeit zentraler Lager zu prüfen. Die Übertragung der Lagerhaltung auf Lieferanten und die Beschaffung auf elektronischem Weg setzt eine entsprechende Iuk-technische Infrastruktur voraus.	150.000	150.000			Erste Berechnungen liegen vor. Da die Klärung dieser Fragestellung aber auch von eProcurement und der Einführung eines Shopsystems abhängt und somit ein enger sachlicher Zusammenhang zu ID 11 und ID 13 besteht, wird die Fragestellung in diesem Rahmen mit einbezogen.
2007	13	Allgemein	Vergabe von Dienstleistungen über Internet	Im Internet sind Kontaktbörsen vertreten, in denen Waren und Dienstleistungen ausgelobt und angeboten werden. Es erscheint sinnvoll auch bei der Stadt Nürnberg diese Möglichkeit im Rahmen der bestehenden Regelungen zu nutzen. Eine Nutzung wird zum Beispiel im Bereich der freihändigen Vergaben gesehen, evtl. auch als Alternative zu (langfristigen) Rahmenverträgen und zur Abrechnung von Regiestunden. Den Anforderungen an die Qualität kann durch die Abfrage von Referenzen oder die Vergabe an bekannte Dienstleister Rechnung getragen werden.	100.000	100.000			Vergaberechtlich ist eine Beteiligung von Kommunen an „Revers / Invers - Auktionen“ (Beispiel: www.my-hammer.de) derzeit nicht zulässig. Eine Änderung ist aufgrund von EU-Recht abzusehen. Bei Vorliegen der rechtlichen Zulässigkeit sollte das Verfahren zunächst in einem Pilotversuch erprobt werden. Im Vorfeld sind ggf. noch rechtliche und organisatorische bzw. wirtschaftspolitische (Förderung der lokalen Wirtschaft) Fragen zu klären. Die offenen Fragen werden in der Projektgruppe / Machbarkeitsstudie „eProcurement“ (vgl. ID 11) mit bearbeitet.
2007	14	Allgemein	Leitungsspannen überprüfen (Einführung von Standards)	Die Erforderlichkeit von kleinen Organisationseinheiten (z.B. mit weniger als 6 Vollkräften) ist auf die fachliche Notwendigkeit (z.B. bei Gliederungen nach regionalen Gesichtspunkten) auch unter Berücksichtigung zunehmender Projektarbeit in der Verwaltung und Nutzung von Spezialwissen zu betrachten. Weiter ist der Gesamtumfang und die Tiefe der Leitungshierarchie zu prüfen. Der Vorschlag bezieht sich auf alle Hierarchieebenen.	300.000	300.000			Mit der verwaltungsinternen Überprüfung der Leitungsspannen wurde begonnen. Bei laufenden Untersuchungen wird dieser Aspekt berücksichtigt.

Umsetzungsstand HHK 2004-2007

Stand: 04.10.2007

Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Vorschlag	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
2007	16	Allgemein	Ausschöpfen des Kostenrahmens	Anpassung der Gebührenhöhe unter Ausschöpfung des Kostenrahmens	1.000.000	1.000.000	100.000		Wird aktuell mit Schwerpunkt SRD und Ref. VI bearbeitet. Im Bereich Fahrerlaubniswesen konnten durch Änderungen der Verwaltungspraxis bereits Gebührenmehreinnahmen erzielt werden. Für Ref. VI erfolgte eine Zusammenstellung der zu betrachtenden Gebühren und Entgelte. Eine Auswahl soll u.a. im interkommunalen Umfeld näher betrachtet werden. Für den SRD-Bereich erfolgt in den nächsten Monaten eine systematische Überprüfung. Es werden, soweit erkennbar, laufend Anpassungen der Gebührenfestlegungen vorgenommen (z.B. EP/1, OA/2) und die Ansätze der Sachkonten erhöht.
2007	18	Allgemein	Reduzierung der Müllgebühren bei den städtischen Dienststellen und Betrieben	Ausdehnung des Projekts "Müll an Schulen" auf die Gesamtstadt. Die Umsetzung für die Gesamtstadt wurde bereits unter Federführung von ZD begonnen.	200.000	200.000	100.000		Eine erste Bilanzierung der eingeleiteten Maßnahmen wird Ende 2007 vorgenommen. Derzeit sind kassenwirksame Einsparungen in Höhe von 100.000,- Euro erbracht.
2007	20	Allgemein	Wegfall der Pausenregelung im Arbeiterbereich	wirksam ab 2010 nach Wegfall der Übergangsregelung	500.000	500.000			Aufgrund der gesetzlichen Regelung wird der Betrag ab 2010 stufenweise realisiert.
2007	21	Allgemein	Gewinnausschüttung Sparkasse		1.800.000	1.800.000		1.800.000	In Abstimmung mit der Sparkasse wurde verwaltungsintern (RB 18.07.2007) festgelegt, dass die Realisierung der Ausschüttung in Höhe von 1,8 Mio. Euro zugunsten des städtischen Haushalts erst nach dem Vorliegen des Rechnungsergebnisses 2007 der Sparkasse Mitte Juni 2008 erneut diskutiert wird.
2007		Allgemein			4.400.000	4.400.000	350.000	1.800.000	
		Ende							
2004		Stadt	Summe 2004		34.071.827	31.025.348	27.663.623	2.327.554	
2005		Stadt	Summe 2005		10.948.207	10.591.782	3.796.947	3.202.033	
2006		Stadt	Summe 2006		9.300.400	9.185.100	7.493.809	887.291	
2007		Stadt	Summe 2007		10.661.000	10.661.000	3.760.000	3.145.000	

TOP

Haushaltskonsolidierung 2004 bis 2007

hier: Aktueller Umsetzungsstand der einzelnen Konsolidierungsbeschlüsse

Gutachten

des Personal- und Organisationsausschusses vom 23. Oktober 2007

- öffentlich -

- I. Der Personal- und Organisationsausschuss stimmt den vorgeschlagenen Umsetzungsschritten zu. Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung der Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse in der dargestellten Form weiter konsequent zu verfolgen.

Der Personal- und Organisationsausschuss empfiehlt dem Stadtrat, folgende Beschlüsse

a) als **erledigt anzusehen** :

- Nr. 40 der Haushaltskonsolidierung 2003
- Nr. 399, 414, 418, 537, 1031, 1106, 1209, 1216, 1233, 1235, 1237, 1289, 1290, 1303, 1334, 1348, 1350, 1357, 1366, 1374 und 1397 der Haushaltskonsolidierung 2004
- Nr. 4, 6, 17, 18, 51, 67, 68, 73, 78, 81, 86 und 105 der Haushaltskonsolidierung 2005 sowie
- Nr. 21 und 26 der Haushaltskonsolidierung 2006

b) **aufzuheben**:

- Nr. 526, 1179, 1221 und 1257 der Haushaltskonsolidierung 2004 sowie
- Nr. 26 der Haushaltskonsolidierung 2005

- II. Ref. I/OrgA zur Auflage in der nächsten Sitzung des Stadtrates

Der Vorsitzende

Der Referent

Schriftführerin